

2 Theorie

2.1 Weltsticht und Wissenschaftstheorie

2.1.1 Annahmen über die Welt und die Wirklichkeit

Die Arbeit nimmt die Prämissen des sozialen Konstruktivismus als Ausgangspunkt für ihre Annahmen über die Welt und die Wirklichkeit. Die Wirklichkeit besteht aus einer symbolischen Sinnwelt. Die symbolische Sinnwelt ist die Matrix aller gesellschaftlich objektivierten und subjektiv wirklichen Sinnhaftigkeit. Die gesamte Geschichte der Gesellschaft und das Leben des Einzelnen sind Ereignisse innerhalb dieser Sinnwelt (Berger/Luckmann 1969, 103). Bei einer Veränderung der Wirklichkeitsstruktur werden alte Ereignisse neu interpretiert und damit in die neue Wirklichkeitsstruktur und „Wahrheit“ eingefügt, die Vergangenheit und Gegenwart umfasst (Berger/Luckmann 1969, 171).

Die symbolische Sinnwelt bringt auch in die Geschichte System. Ereignisse werden in eine zusammenhängende Einheit eingefügt, die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft umfasst. Für die Vergangenheit hält sie „Erinnerung“ bereit und für die Zukunft garantiert sie ein gemeinsames Bezugssystem, einen Projektionsrahmen für individuelle Handlungen (Berger/ Luckmann 1969, 110/111, Wendt 1995, 77). Die Definition von Menschenrechten ist ein Beispiel für variierende Wirklichkeitsstrukturen. Menschenrechtsverletzungen werden entsprechend den unterschiedlichen Verständnissen von Menschenrechten, die in verschiedenen Ländern und verschiedenen historischen Epochen existieren, als solche klassifiziert oder nicht klassifiziert.

Die Problematik in den Sozialwissenschaften ergibt sich aus der Tatsache der gesellschaftlichen Relativität: Was für einen Chinesen „wirklich“ ist, braucht für einen US-Amerikaner nicht „wirklich“ zu sein (Berger/Luckmann 1969, 3). Für den einen ist Hunger eine Menschenrechtsverletzung, für den anderen nicht.

Wirklichkeit ist gesellschaftlich bestimmt und diese Bestimmung wird durch Akteure verkörpert: Personen und Gruppen sind die Bestimmer von Wirklichkeit. Soziale Strukturen existieren nur durch Handlungen. Zur Analyse des Zustandes der gesellschaftlich konstruierten Sinnwelt muss man die gesellschaftliche Organisation verstehen, die es den Bestimmern ermöglicht, dass sie die Wirklichkeit bestimmen (Berger/Luckmann 1969, 124/125, Wendt 1995, 73/74).

Die Akteure, die im nationalen und globalen öffentlichen Raum Menschenrechte und Menschenrechtsverletzungen maßgeblich definieren und bestimmen, sind Staaten und Nichtregierungsorganisationen.

Die meisten modernen Gesellschaften sind pluralistisch. Das bedeutet, dass sie gemeinsame Grundelemente einer Sinnwelt aufweisen, dass aber zusätzlich verschiedene Teilsinnwelten bestehen, die im Status gegenseitiger Übereinkunft existieren (Berger/Luckmann 1969, 133/134). Dieselbe allgemeine Sinnwelt wird verschieden ausgelegt, je nach den Interessen innerhalb der betreffenden Gesellschaft (Berger/Luckmann 1969, 132). Diese Annahme der Pluralität einer Gesellschaft gilt ebenfalls und umso mehr für die Welt als ganzes. Im Bereich der Menschenrechte gibt es eine Vielzahl von Akteuren und Diskursen, die unterschiedliche Definitionen von Menschenrechten vertreten. In der Arbeit wird das Zusammenspiel dieser verschiedenen Diskurse und Akteure in den Zeitungen untersucht.

2.1.2 Wissenschaftstheoretische Einordnung

Die grundsätzlichen wissenschaftstheoretischen Positionen bewegen sich zwischen Ursachen und Kausalzusammenhängen (Positivismus) und interpretativen Ansätzen. Das Ziel bleibt entweder Erklären und Prognostizieren („prediction“) oder Verstehen („intelligibility“). Beides sind allerdings Extreme. Es gibt viele dazwischenliegende Positionen (Rosenberg 2008, 131, 243). Der Grundkonflikt besteht über ein unterschiedliches Verständnis von Wissen. Die einen suchen eher Prognosen, die anderen eher ein besseres Verständnis (Rosenberg 2008, 243-245).

Die analytische, auf Erklären zielende, und die hermeneutische, auf Verstehen zielende, Methode müssen in einem sich gegenseitig ergänzenden Verhältnis betrachtet werden (Poser 2001, 234). Ulrich von Alemann und Wolfgang Tönnemann plädieren in der Politikwissenschaft ebenfalls für das doppelte Ziel des Verstehens und Erklärens als Leitbild politikwissenschaftlicher Forschung und der Kombination qualitativer und quantitativer Methoden statt der starren Fixierung auf eine rein analytische oder rein hermeneutische Vorgehensweise (von Alemann/Tönnemann 1995, 61-71). In der Arbeit werden beide Vorgehensweisen miteinander kombiniert. Verstehen lässt sich nach Wilhelm Dilthey folgendermaßen definieren:

„Wir nennen den Vorgang, in welchem wir aus Zeichen, die von außen sinnlich gegeben sind, ein Inneres erkennen: Verstehen.“ (Dilthey 1990, 318).

Das Innere erkennt man anhand des Kontextes, in dem sich die Zeichen, wie z.B. Texte, befinden, anhand des Vergleichs zu anderen Texten und aufgrund des inneren Zusammenhanges, der einzelnen Teile von Texten, die sich neu zu einem ganzen zusammenfügen (Poser 2001, 213/214).

Ziel des Verstehens ist das Begreifen, Erkennen oder Erfassen von Sinn. Dem Verstehen haftet immer eine Unsicherheit an. Es gibt keine Garantie, dass der Sinn eines Textes, oder eines anderen Produktes des menschlichen Geistes, erfasst wird (von Alemann/Tönnemann 1995, 51).

Erklärungen bieten Antworten auf nach Ursachen suchende Warum-Fragen (Poser 2001, 42/43). Sie müssen logisch korrekt sein, einen Ursache-Wirkungs-Zusammenhang beinhalten und sich durch Erfahrungswissen begründen lassen (Schnell et al. 1999, 55-70). Erklärungen zeigen, wie zwei Variablen kausal miteinander verbunden sind, d.h. wie eine Ursache eine Wirkung erzeugt (van Evera 1997, 9). Erklärungen können möglichst allgemeingültig oder nur als Erklärung für eine oder mehrere Ereignisse oder Dinge gelten (van Evera 1997, 15-17). Eine Theorie ist ein System von Aussagen, das mehrere Hypothesen oder Gesetze umfasst. Hypothesen beschreiben einen Zusammenhang zwischen zwei Variablen und sind in der Regel „Wenn-Dann“ oder „Je-desto-Aussagen“ (Schnell et al. 1999, 51/52, van Evera 1997, 8-12). Theorien müssen grundsätzlich empirisch widerlegbar oder bestätigt werden können. Dabei reicht die aus der Theorie abzuleitende Möglichkeit der empirischen Bestätigung oder Widerlegbarkeit aus (Detel 2007, 97/98).

Die Arbeit zielt sowohl auf Verstehen als auch auf Erklären. Die ersten beiden Forschungsfragen nach der Intensität, der Art und den Themen der Berichterstattung über Menschenrechte in China und den USA und dem Vergleich zwischen den Zeitungen, Zeiträumen und Ländern dient einem besseren Verständnis. In den Kapiteln sechs und sieben wird die Berichterstattung anhand des Menschenrechtsbegriffs der Vereinten Nationen in den drei Zeitungen rekonstruiert. Dies entspricht dem ersten Schritt des hermeneutischen Zirkels (Poser 2001, 221). Zuerst kommt damit das Verstehen, bevor die Erklärung der Ergebnisse der Inhaltsanalyse erfolgt (Poser 2001, 232). In den Kapiteln 8.1., 8.3. und 8.5. erfolgt der Vergleich, um das Verständnis der Berichterstattung über Menschenrechte weiter zu erhöhen.

In den Kapiteln 8.2. und 8.4. erfolgt dann die Erklärung der Ergebnisse der Inhaltsanalyse anhand vorhergehender theoretischer Annahmen über die mediale Berichterstattung und der Menschenrechtsdiskurse aus China und den USA (deduktiv).

Weiterhin werden Diskurse, die sich in den Medien selbst finden, als weitere Erklärungen verwendet (induktiv). Die Offenheit gegenüber möglichen Erklärungen, die sich in den Texten selbst finden, entspricht dabei der hermeneuti-

schen Vorgehensweise (von Alemann/Tönnemann 1995, 50-56, Mecheril 2010, Poser 2001, 209-234).

Die Prozesse des Verstehens und Erklärens sind nicht trennscharf. So erfolgen teilweise in den Kapiteln 8.1., 8.3. und 8.5. auch Erklärungen spezifischer Phänomene.

Die Erklärungen zielen auch auf verallgemeinerbare Aussagen, d.h. es werden theoretische Annahmen entwickelt, deren Erklärungsgehalt bei weiteren Inhaltsanalysen der Berichterstattung über Menschenrechte getestet werden kann. Bei der Anwendung qualitativer Methoden, wie der qualitativen Inhaltsanalyse, sollte eine Verallgemeinerung der Ergebnisse und Argumente ebenfalls angestrebt werden (Reh 1995, 209/210).

Das Zusammenspiel der verschiedenen Erklärungen und die Multikausalität der Erklärungen werden betont. So sind beispielsweise Akteure und Strukturen miteinander verwoben und nicht eindeutig voneinander zu trennen.

Damit weder die Inhaltsanalyse noch die Erklärung der Ergebnisse beliebig werden, wird die Inhaltsanalyse anhand klarer methodischer Vorgaben, die intersubjektiv nachvollziehbar sind, durchgeführt. Die Auswahl der Methode, der Staaten, der Zeiträume, der Zeitungen und der Artikel in den Zeitungen wird im folgenden erläutert. Die Kategorien der Inhaltsanalyse werden dargestellt. Damit ist intersubjektiv nachvollziehbar, wie die Ergebnisse der Inhaltsanalyse zustande gekommen sind, und das methodische Vorgehen ist offen für Kritik.

2.2 Medientheorie

Medien spielen eine Doppelrolle. Sie dienen einerseits als Forum für die Meinungen anderer Akteure und verbreiten diese. Andererseits verändern die Journalisten die Meinungen durch Selektion und Reduktion und teilen dem Publikum ihre eigene Meinung mit. Insofern sind Medien sowohl ein öffentliches Forum für Akteure, wie Staaten und NGOs, als auch meinungsbildende Akteure. Sie beeinflussen die öffentliche Meinung und darüber Politik und Gesellschaft eines Landes. Zeitungen entwickelten sich von bloßen Sammlungen von Nachrichten zu Trägern der öffentlichen Meinung, indem sie Kommentare und Standpunkte der Redaktionen in ihre Seiten aufnahmen (Gallus/Lühe 1998, 10-17, Habermas 1990).

Im folgenden werden vier Erklärungen für die Berichterstattung in den Medien erläutert. Erstens, der Einfluss nationaler Meinungen und politischer und wirtschaftlicher Interessen auf die Medien. Zweitens, die Selektion der Nachrichten durch die Medien anhand der geographischen, politischen und kulturellen Nähe von Nachrichten und ihres Ereignischarakters. Drittens, Quellen und Ak-

teure in den Medien als Träger der geäußerten Meinungen. Viertens, die Funktionen und Ziele der Medien.

2.2.1 Nationale Meinungen und Interessen

Erstens, Medien werden durch den nationalen Konsens über Meinungen und durch politische und wirtschaftliche Interessen in einem Land in ihrer Berichterstattung beeinflusst.

Medien berichten meist innerhalb des nationalen Konsenses über Meinungen. Der gesellschaftliche Konsens eines Landes definiert in der Regel die Grenzen, innerhalb derer Meinungen geäußert werden. Debatten, auch sehr kontroverse, und Kritik an der Regierung, sind innerhalb dieser Grenzen möglich und finden statt. Die mediale Berichterstattung reflektiert aber immer bis zu einem gewissen Grad die Positionen und Meinungen des eigenen Landes. Nachrichten reproduzieren in der Regel dominante ideologische Diskurse und bewegen sich in dem vorgegebenen System von Ideen und Gedanken. Die Eingrenzung von Debatten ist das erfolgreichste Mittel der Kontrolle von Meinungen in demokratischen Gesellschaften (Chomsky 1989, 8-10, 59, 75, 105/106, 149, Ginneken 1998, 161-164, International Council on Human Rights Policy 2002, 86). So enthalte der US-amerikanische Mediendiskurs pluralistische Meinungen nur in einem eng abgegrenzten Bereich der offiziellen Meinung („diversity within unity“) (Lee 2003, 80/81).

Wirtschaftlicher und politischer Macht zu widerstehen und diese zu kritisieren ist kostspielig und oftmals schwierig. Medien sind nicht unabhängig von wirtschaftlichen und politischen Interessen. Sie benötigen zum Beispiel Werbung für ihre Finanzierung und Zugang zu politischen Akteuren als Informationsquellen. Insofern unterliegen sie selbst in Staaten mit politisch unzensurierter Berichterstattung Einflussnahmen. Die Argumente und Fakten der Berichterstattung müssen deshalb hohen Standards genügen, wenn sie versuchen Meinungen gegen die etablierten Machtstrukturen zu berichten. Oft ist es einfacher im Rahmen der etablierten Meinungen zu berichten. Die hohen Kosten für Nichtkonformität führen oft zu Konformität mit den dominanten Meinungen und Positionen (Chomsky 1989, 8-10). In Ländern ohne freie Berichterstattung, wie zum Beispiel der Volksrepublik China, unterliegen die Medien zusätzlich staatlicher Kontrolle und Zensur. Das Ziel der medialen Berichterstattung im politischen Bereich zielt auf die Überzeugung der Bevölkerung, auf die möglichst positive Darstellung der Regierungspolitik (Lee 2003a, 12/13, 18, Qing 2007, Pöttker 2008).

Anne-Marie Brady und David Shambaugh haben den Einfluss der KPCh auf die mediale Berichterstattung und ihre Instrumente in detaillierten Untersuchun-

gen der Propagandaabteilungen auf den verschiedenen administrativen Ebenen bestätigt (Brady 2008, Shambaugh 2007).

Der Einfluss der offiziellen Regierungsposition auf die mediale Berichterstattung in China wurde von Sophia Chan und Yuezhi Zhao bestätigt. So fand Chan bei einer Analyse der Medienberichterstattung zur geplanten Übergabe Hong Kongs an China heraus, dass die Renmin Ribao (People's Daily) entsprechend der Position der chinesischen Regierung berichtete. Dies ist nicht weiter verwunderlich, da die Zeitung das offizielle Sprachrohr der KPCh ist (Chan 1994).

Zhao hat in einer Inhaltsanalyse der chinesischen Medienberichterstattung zum Beitritt zur Welthandelsorganisation ähnliche Ergebnisse erzielt. Sie hat elf chinesische Zeitungen ausgewertet und erforscht, dass die Berichterstattung in den chinesischen Medien über den WTO-Beitritt vor allem auf die Mobilisierung von Unterstützung für den Beitritt zielte. Es seien kaum Details über die Inhalte des WTO-Abkommens berichtet worden. Stattdessen sei die WTO-Mitgliedschaft als Eintritt Chinas in die Welt und die zivilisierte internationale Gemeinschaft dargestellt worden. Die Welthandelsorganisation erhielt eine sehr positive Beschreibung. Die frühere Geschichte der Volksrepublik, welche die WTO und ihren Vorläufer, das GATT, ablehnte, sei systematisch ausgeblendet worden (Zhao 2003). Kein einziger Artikel habe die möglichen Auswirkungen des WTO-Beitritts auf die chinesischen Bauern behandelt, auch nicht die auf diese Gruppe spezialisierte Zeitung China Farmers' Daily. In der Zeitung Workers' Daily habe sich nur ein einziger Artikel mit den Konsequenzen des WTO-Beitritts für die Arbeiter beschäftigt. Dieser sei aber ausschließlich positiv gewesen und hätte nur die Chancen und nicht die Risiken thematisiert. Insgesamt sei die Berichterstattung in den untersuchten chinesischen Medien praktisch ausschließlich positiv gewesen. Eine negative Berichterstattung sei von der KPCh offenbar nicht gewünscht worden (Zhao 2003).

Für die Berichterstattung in den USA kamen Medienanalysen zu ähnlichen Ergebnissen. Chin-Chuan Lee und Junghye Yang fanden heraus, dass die US-amerikanische Presse über die Niederschlagung der Proteste auf dem Tiananmenplatz 1989 entlang der ideologischen Interessen der US-Regierung, wie der Förderung von Demokratie und Menschenrechten, berichtet und sich auf die Seite der Demonstranten gestellt habe (Lee/Yang 1996). Ein Vergleich der Berichterstattung in der NYT und der Washington Post über die Niederschlagung der Proteste 1989 in China und das Kwangjumassaker 1980 in Südkorea bestätigte den Einfluss nationaler Interessen auf die mediale Berichterstattung. Beide Ereignisse sind ähnlich. In der Stadt Kwangju, 170 km südlich von Seoul, demonstrierten im Mai 1980 etwa 50.000 Studenten friedlich für demokratische Reformen in dem damals autoritär regierten Südkorea. Das Militär löste die De-

monstrationen gewaltsam auf. Die Reaktion der US-Regierung auf beide Ereignisse fiel sehr unterschiedlich aus. In Südkorea sei die Wiederherstellung der Ordnung gelobt worden. In China habe die US-Regierung die Niederschlagung der Proteste auf dem Tiananmenplatz verurteilt. Die unterschiedliche Bewertung zeige sich bereits darin, dass im Analysezeitraum 302 Artikel in den beiden Zeitungen über das Tiananmenmassaker berichteten und nur 64 über das Kwangjumassaker. Die Demonstrationen in China wurden auch positiver dargestellt als in Südkorea. Eine Erklärung dafür sei die unterschiedliche Einordnung der Ereignisse durch die US-Regierung gewesen. Die beiden Zeitungen seien der offiziellen Einordnung der US-Regierung weitgehend gefolgt (Kim 2000). Bei einer Analyse der Kommentare der NYT zu China in den Jahren 1990 bis 2000 hat Chin-Chuan Lee diese These bestätigt. Die Kommentare positionierten sich nur für oder gegen die Regierung, nicht gegen den etablierten Diskurs der US-amerikanischen Werte. Vom „mainstream“ abweichende Meinungen wurden in den Kommentaren nicht berücksichtigt (Lee 2003). Jay Ovsiovitch hat in einer Medienanalyse von US-Medien von 1978 bis 1987 herausgefunden, dass die Berichterstattung über politische und bürgerliche Menschenrechte überwiegt und dies mit dem Einfluss der US-Menschenrechtsposition auf die Berichterstattung in den Vereinigten Staaten erklärt (Ovsiovitch 1993).

Bei einer vergleichenden Analyse einer chinesischen (CD) und einer US-amerikanischen Zeitung (NYT) anlässlich zweier Ereignisse in den bilateralen Beziehungen zeigte sich ebenfalls die Orientierung an den Interessen und Vorstellungen der jeweiligen Regierung. Die Ereignisse waren die Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad während des Kosovokrieges im Jahr 1999 und die Kollision eines US-amerikanischen Spionageflugzeugs mit einem chinesischen Kampffjet vor der chinesischen Küste im Jahr 2001 (Li 2009). In der NYT sei China als ein nationalistischer Staat und als ein politischer und militärischer Rivale der USA dargestellt worden. In der CD sei China hingegen als ein friedliches und heroisch gegen die westliche Aggression kämpfendes Land beschrieben worden. Die Berichterstattung in der NYT sieht Juan Li als Ausdruck einer Rechtfertigung des eigenen Handelns bei beiden Ereignissen (Li 2009).

Es gibt aber auch Studien mit gegenteiligen Ergebnissen. So haben Xigen Li und Charles St Cyr sowie Robyn Goodman eine weitgehende Unabhängigkeit der Berichterstattung US-amerikanischer Medien zur Volksrepublik von der Agenda der US-Regierung festgestellt (Goodman 1999, Li/StCyr 1998).

Entsprechend den bestehenden Forschungserkenntnissen wird angenommen, dass die hegemonialen Diskurse aus den USA und der Volksrepublik China die Berichterstattung zu Menschenrechten in Zeitungen aus China und den USA prägen.

2.2.2 Selektion von Nachrichten

Zweitens, die Selektivität ist ein weiterer Faktor, der die mediale Berichterstattung bestimmt. Die Selektivität der Themen kann auch mit dem oben beschriebenen Einfluss von Politik und Gesellschaft auf die Medien zusammenhängen. So gelten in Diktaturen einige Themen als Tabuthemen, über die nicht berichtet werden darf.

Realität wird allerdings immer selektiv wahrgenommen und vermittelt. Dabei gibt es eine doppelte Selektivität. Ein Teil von Ereignissen wird in den Medien nicht berichtet, weil die Journalisten nichts von ihnen erfahren. Ein anderer Teil wird nicht berichtet, weil die Redaktion sie aus verschiedenen Gründen für nicht berichtenswert erachtet (Habermas 1992, 454/455, Schulz 1976, 7-24). Die Macht des „agenda-setting“, die Macht darüber, was überhaupt diskutiert wird und was nicht, schränkt die möglichst exakte Wiedergabe der Realität durch die Medien stark ein (Chomsky 1989, 10-12, 48/49, Jäger/Jäger 2002, Wang 1992, 199). Die Selektivität hat damit automatisch zur Folge, dass die Medien eine Welt kreieren, die kein exaktes Abbild der objektiv erfahrbaren Welt darstellen kann. Nachrichten konstituieren eine eigene Realität, da die meisten Menschen keine anderen Zeugnisse von vielen Ereignissen haben, als diejenigen, die ihnen die Medien vermitteln. Ereignisse werden erst dadurch existent, dass sie als solche durch die Medien definiert und damit in das Bewusstsein rücken (Schulz 1976, 25-29). Die Medien sind vergleichbar einer Kamera, die ein Bild anfertigt. Dieses Bild ähnelt in vielen Punkten der Realität, aber sie bleibt eine Realität gefiltert durch Linsen (Ginneken 1998, 19).

Ein Selektionskriterium für Nachrichten ist die „Nähe“ des Redaktionssitzes zum Ort des Ereignisses. Die geographische Nähe (Entfernung zum Redaktionssitz), die kulturelle Nähe (wie sprachliche oder religiöse Bindungen), die politische Nähe (politische und wirtschaftliche Beziehungen) und der Status des Ereignislandes (Größe und Bedeutung) beeinflussen die Auswahl der Nachrichten (Schulz 1976, 31-34, 80-94). Das eigene Land steht oft im Zentrum der Berichterstattung und andere Länder werden eher peripher wahrgenommen (Ginneken 1998, 4/5). Vertrautheit erhöht die Chance der Berichterstattung:

„the event-scanner will pay particular attention to the familiar, to the culturally similar, and the culturally distant will be passed by more easily and not be noticed.“ (Galtung/Ruge 1965, 67).

Die Berichterstattung zum Ausland muss sich weiterhin in bestehende Vorstellungsmuster über das Land einfügen können. Nachrichten müssen in den bestehenden nationalen und historischen Rahmen eingebettet werden, um einen Sinn zu ergeben (Lee et al. 2002, 2-5, 17). So wurde in vielen westlichen Medien in

den 1980er Jahren sehr positiv über die Volksrepublik berichtet. In den 1990er Jahren war die Berichterstattung überwiegend negativ. Die Ereignisse auf dem Platz des Himmlischen Friedens änderten das Chinabild radikal und nachhaltig. In den jeweiligen Dekaden war es schwierig für Auslandskorrespondenten in China Artikel, die nicht in den positiven beziehungsweise negativen Grundtenor passten, in ihren Zeitungen zu platzieren (Qing 2007a). US-Amerikanische Medien haben beispielsweise die Tendenz ausländische Realitäten zu domestizieren, d.h. die US-amerikanischen Medien setzen ausländische Themen in eine Beziehung zu US-amerikanischen Werten und heimischen Themen. Das Zentrum (USA) und seine Definitionen und Interpretationsschemata definiert die Nachrichten über die Peripherie (z.B. China) (Lee 2003, 80/81). Es wird ein Anknüpfungspunkt an den nationalen Kontext gesucht und konstruiert, um die „Story“ dem heimischen Publikum zu verkaufen (Lee et al. 2002, 60/61). Eine ähnliche Selektivität gilt offenbar für Nachrichten über Afrika:

„it is easy to believe that Africa is a reservoir of HIV infection because ‘it fits’. Journalists draw on these cultural assumptions when they produce reports on AIDS and Africa. But, in so doing, they are helping to reproduce and legitimise them.” (Silverman 1993, 14).

Dies unterstreicht das Selektionskriterium der kulturellen, politischen und geographischen Nähe. „Nahe“ Ereignisse und Informationen lassen sich einfacher in den nationalen Kontext übertragen.

Die Medienberichterstattung fokussiert oft auf Krisen und Ereignisse statt auf Kontinuität (Galtung/Ruge 1965, Hafez 2002, 67).

„What makes the news from China is usually the bad news: the arrests, the raided churches, the blocked Internet sites, the overzealous security goons. That's the way journalism works -- we cover planes that crash, not those that land.”⁴ (Nicholas D. Kristof)

So erhoffen sich Staaten beispielsweise durch die Ausrichtung von sportlichen Großereignissen, wie den Olympischen Spielen, eine umfangreiche Medienberichterstattung und in der Folge eine positive Veränderung ihres globalen Images (Danner 1997, 61-65).

4 Slipping Over the Great Firewall of China, NYT 24. August 2008

2.2.3 *Quellen und Akteure*

Drittens, die Quellen beeinflussen die Berichterstattung. Drei Kriterien sind wichtig für Journalisten bei der Auswahl von Quellen: Autorität, Glaubwürdigkeit und Verfügbarkeit. Autorität ist meist hierarchisch definiert. Je höher jemand steht, desto mehr Autorität wird ihm zugesprochen. Bei der Glaubwürdigkeit der Quellen wird oft der eigenen Regierung eher geglaubt als ausländischen Regierungen. Bei der Verfügbarkeit werden leicht zugängliche Quellen bevorzugt (Ginneken 1998, 88-91). In den USA sind Hauptinformationsquellen für die Außenpolitik das Weiße Haus, das State Department und das Pentagon (Ginneken 1998, 93-96). Der Präsident und das State Department verfügen über interne Informationen und können dadurch besser die mediale Agenda bestimmen, weil Journalisten diese Informationen gerne aufgreifen (Goodman 1999).

In der Chinaberichterstattung von US-Medien hat aber auch die Zahl nicht-offizieller Quellen, wie von NGOs, nach Ende des Kalten Krieges zugenommen. In einer Analyse von 1177 Presseartikeln (NYT und Washington Post) zu drei Zeitpunkten (1985-1989, 1989-1991 und 1991 bis 1993) verwendeten Journalisten zwei- bis dreimal so viele nichtoffizielle Quellen wie offizielle Quellen (Goodman 1999, 398/399).

Die Darstellung und Analyse der verwendeten Quellen ist in Medienanalysen häufig (Goodman 1999, Lee/Yang 1996). Sie dient der Untersuchung der Diversität der Quellen. Damit können Aussagen über die Ausgewogenheit der Berichterstattung in den Zeitungen getroffen werden (Lee et al. 2002, 216, Richardson 2007, 86-89).

Die Akteure, die sich in den Medien äußern, tragen die Diskurse über Menschenrechte. Es wird erwartet, dass sich staatliche Akteure aus China und den USA entlang der hegemonialen Diskurse äußern. Nichtregierungsorganisationen werden sich vermutlich kritisch zur Menschenrechtslage in China und den USA äußern. Dies entspricht ihrer Funktion als Anwälte für Opfer von Menschenrechtsverletzungen und ihrem Engagement für die Durchsetzung dieser Normen (Forsythe 2000, 166-172, Keck/Sikkink 1998, 16-22, 73/74, Kuhn 2005, 139).

2.2.4 *Funktionen und Ziele*

Viertens, Medien werden nicht nur von Politik und Gesellschaft beeinflusst. Sie üben auch selbst Einfluss aus. Allerdings gibt es keine lineare Verbindung zwischen der medialen Berichterstattung und den Rezipierenden. Bei einer Untersuchung der Medien können nur Aussagen über die Medien selbst getroffen werden (Bühmann 2005, 238/239). Eine direkte kausale Wirkung von medialer Berichterstattung auf Politik und Gesellschaft lässt sich nur eingeschränkt mittels

Menschenrechtsdiskurse in China und den USA

Krumbein, F.

2014, XVI, 314 S., Softcover

ISBN: 978-3-658-04719-1